

PRESSESPIEGEL

der CDU in Pankow

Dezember 2025

Datum: 12/25	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Uneinsichtige Kreuzungen in Karow

Wer in Karow mit dem Auto oder Fahrrad unterwegs ist, kennt sie – Kreuzungen und Ausfahrten, die wenig oder gar keine optimale Sichten zulassen und deshalb kreuzgefährlich sind. Eine davon befindet sich in der Achillesstraße, genauer gesagt es die Ausfahrt vom Parkplatz/Verkehrsgarten vor dem Lossebergplatz. Einige Unfälle hat es hier bereits gegeben, weil die Einsicht auf die Achillesstraße nicht gegeben ist. Da sich hier auch eine Bushaltestelle befindet, steigt die Gefahr auch für Fußgänger. Viele Verkehrsteilnehmer nutzen deshalb die Ausfahrt vom Buchladen „Schmökerzeit“, die nicht so sehr durch parkende Autos sichtgestört ist.

Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft ist seit langem auch für mehr Sicherheit auf regionalen Straßen unterwegs. Auf seine Anregung hin fasste das Bezirksamt Pankow bereits einen konkreten Plan, um den neuralgischen Punkt an der Achillesstraße zu entschärfen. So soll in Kürze jeweils ein Stellplatz an den Einfahrten zum verkehrsberuhigten Bereich entfallen, um die Sichtbeziehungen zu verbessern.

Auch eine weitere Kreuzung in Karow – am Schönerlinder Weg/Hubertusdamm/



FOTO: JOHANNES KRAFT

Blanchardstraße – ist ein uneinsichtiger Ort. Zwar wurde hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h durchgesetzt, aber vor allem Fußgänger und Radfahrer haben dennoch Schwierigkeiten, sicher zu den Karower Teichen oder zum Radfernweg Berlin-Usedom zu gelangen. An der schlecht einsehbaren Kreuzung Hubertusdamm/Schönerlinder Weg kam es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Auch hier hat Johannes Kraft, gemeinsam mit der CDU-Fraktion Pankow, in der BVV verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit angeregt, darunter auch die Errichtung eines Verkehrsspiegels. Der wurde auch im November vom Straßen- und Grünflächenamt Pankow aufgestellt und sorgt nun für bessere (Ein-)Sicht. K.S.

Manuela Anders-Granitzki, Bezirksstadträtin für Ordnung/öffentlicher Raum, und Johannes Kraft, MdA, am neuen Spiegel.

Wunschbaum
im Advent

Schwerkranken Kindern
Hoffnung schenken...
mit dem Wunschbaum in
meinem Kiezbüro:
Berliner Str. 5, 13127 Berlin
Mi-Do: 10-17 Uhr
Fr: 09-14 Uhr

Joh. Kraft
Ihr Johannes Kraft

Für Buch. Für Buchholz. Für Karow.
030/943 96 916
kraft@johannes-kraft.de



Datum: 12/25	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote <small>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</small>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Mehr Sicherheit

Im Artikel Bürgeranträge »Mehr Sicherheit im Lindenberger Weg« (BB 11/2025) wurde der CDU-Politiker Herr Kraft auf die ange spannte Sicherheitslage in der Straße Lindenberger Weg in Buch seitens der Eltern der Kita »Kleine Raupe« hingewiesen. Ich fahre hier auch regelmäßig mit dem Auto zu meiner Arbeit in die Helios-Klinik und ärgere mich des öfteren über die parkenden Autos in zweiter Reihe vor der Kita. Zumal nicht weit entfernt eine Bushaltestelle und gleich gegenüber die Einfahrt zum Klinikgelände (ELK) sich befinden. Mein Hinweis für die mit dem Auto kommenden Eltern: Ein paar Meter weiter gibt es einen großen Helios-Parkplatz mit kostenloser Parkzeit von 30 Minuten. Es scheint sich noch nicht bei allen Eltern rumgesprochen zu haben oder sie sind dann doch zu bequem, um die paar Meter zu Fuß mit ihrem Kind sicher zur Kita zu geben. **J.Feske**

Datum: 12/25	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote <small>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</small>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Weihnachtswunschbaum

BUCH/FRZ. BUCHHOLZ – Im Kiezbüro des Abgeordneten Johannes Kraft in der Berliner Str. 5 in Frz. Buchholz steht wieder ein Weihnachtswunschbaum für das Ronald McDonald Haus Buch. Die Einrichtung bietet Familien mit schwer erkrankten Kindern seit über zehn Jahren ein Zuhause auf Zeit und ist auf Spenden und ehrenamtliche Unterstützung angewiesen. Am Baum hängen Wünsche der Kinder und ihrer Familien sowie dringend benötigte Dinge – von Süßigkeiten über Bücher bis hin zu Spielsachen. Bis zum 19. Dezember können Besucher während der Öffnungszeiten (Mi-Do 10-17 Uhr, Fr 9-14

Datum: 12/25	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote <small>Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung</small>	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

■ Licht unter Bahnbrücke

BUCH – Anfang November war es geschafft. Der dunkle, schmale Weg auf der Wiltbergstraße zum S-Bhf, der an der Endlos-Baustelle entlangführt, ist endlich unter der Bahnüberführung beleuchtet. Zahlreiche Bürger hatten sich an die Bahn gewandt und auch Wahlkreisabgeordneter Johannes Kraft setzte sich an verschiedenen Stellen für eine Beleuchtung ein, um die Sicherheit zu erhöhen. Seit Anfang 2022 laufen hier Brücken- und Tiefbauarbeiten und sollen bis voraussichtlich 2028 andauern. Seither war es hier abends stockdunkel, ein unhaltbarer Zustand für die Nutzer des Weges. Die Stromnetz Berlin GmbH sorgte nun für die Leuchten-Installation.

Datum: 12/25	Medium: Bucher Bote
Bucher Bote Die erste Lokalzeitung für Buch, Karow, Panketal und Umgebung	Autor: Kristiane Spitz Thema: Johannes Kraft

Neubauprojekte in der Region

Berlin wird weiter wachsen. Besonders im Norden der Hauptstadt sind riesige neue Stadtquartiere geplant. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung? Abgeordneter Johannes Kraft (CDU) hatte im Abgeordnetenhaus nachgefragt; Senat und Bezirk antworteten zum Thema «Neubauprojekte in den Pankower Ortsteilen Blankenburg, Buch, Französisch-Buchholz, Heinersdorf und Karow». Zumindest für die

neuen Stadtquartiere Karow und Blankenburger Süden sollen die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen »synchron« zu den Stadtquartieren entwickelt werden. Ansonsten wird auf die Verkehrsbeachtung Nordostraum (NOR) hingewiesen, die noch immer erarbeitet werde. Außerdem argumentiert der Senat mit der Rad-Schnellwegverbindung 4 (Panke-Traffic), und hofft auf »Verkehrsmittelumverteilung« durch die Bürger. Negativ bei der

verkehrlichen Infrastrukturentwicklung seien personelle und finanzielle Engpässe bei den planenden Stellen, die »die Realisierung sogar grundsätzlich gefährden könnten. Ein Überblick über geplante Bauvorhaben, die Zahl der Wohneinheiten (WE), den Baubeginn und die Fertigstellung:

- Buch (Am Sandhaus) 2.700 WE, 2026 Baubeginn, 2030/31 Fertigstellung
- Buch (Buch-Süd) 650 WE, 2027 Pla-

nungsabschluss, weiteres unbekannt

- Buch (Ludwig-Hoffmann-Quartier) 500 WE, Zeithorizonte noch unbekannt
- Karow (Am Teichberg) 2.600 WE, 2031 Baubeginn, 2040 Fertigstellung
- Karow (Karow-Süd) 1.500 WE, 2030 Baubeginn, 2035–2040 Fertigstellung
- Karow (Str. 52/An der Laake) 800 WE, 2031 Baubeginn, 2035 Fertigstellung
- Französisch Buchholz (Ostl. Schönerlinder Straße/Baltrumstraße) 1.050 WE, Zeithorizonte noch unbekannt
- Französisch Buchholz (Alte Schäferei/Teilfläche) 4.000 WE, 2031 Baubeginn, 2035 Fertigstellung
- Heinersdorf (Blankenburger Süden/Ale Gärtnerei) 600 WE, 2029 Baubeginn, 2030 Fertigstellung.

Kristiane Spitz

Datum: 02.12.2025	Pankower Allgemeine Zeitung
Pankower Allgemeine Zeitung	Autor: Thema: Lars Bocian

Wunschbaum zugunsten des Kinderhospiz Sonnenhof im Bürgerbüro



Wunschbaumaktion im Bürgerbüro von Lars Bocian (MdA CDU)

Auch in diesem Advent steht im Bürgerbüro von Lars Bocian in der Dietzgenstraße 87 (13186 Berlin) wieder ein Weihnachtswunschbaum zugunsten der Björn Schulz Stiftung. Die Stiftung begleitet Familien mit schwer erkrankten Kindern und Jugendlichen und leistet besonders im Kinderhospiz Sonnenhof in Berlin-Pankow wertvolle Arbeit. Für diese Unterstützung ist sie auf Spenden und ehrenamtliches Engagement angewiesen.

Wunschbaum-Sterne-Aktion

Am Baum hängen Sterne mit kleinen Wünschen der Kinder und ihrer Familien. Mitmachen ist ganz einfach: Oft geht es um Geschenk-Gutscheine für beliebte Geschäfte wie Rossmann, Budni, H&M oder Thalia, die bequem an den üblichen Gutschein-Ständern in Supermärkten oder Drogerien erhältlich sind. Eine tolle oder nützliche Aufmerksamkeit sind auch ein Kino-Gutschein oder eine Vier-Fahrten-Karte der BVG.

Wer die Aktion unterstützen möchte, kann während der Öffnungszeiten (Dienstag-Mittwoch: 10–17 Uhr, Freitag: 9–15 Uhr) bis zum 18. Dezember einen Wunschstern im Bürgerbüro abholen oder gleich eine Geschenkkarte mitbringen. Alle Geschenke werden rechtzeitig vor Weihnachten an das Kinderhospiz Sonnenhof übergeben – für ein bisschen zusätzliche Freude in einer schwierigen Zeit.

Einladung zum Nikolausumtrunk

Ein Nikolausumtrunk für Anwohnerinnen und Anwohner am 09. Dezember ab 17 Uhr ist eine besondere Einladung von Lars Bocian.

Das Bürgerbüro bietet ab 17 Uhr einen Nikolausumtrunk mit selbst gebrautem Glühwein und Bratwurst vom Grill. Besucherinnen und Besucher sind herzlich willkommen, in gemütlicher Atmosphäre vorbeizuschauen, um sich zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen.

Datum: 03.12.25	Medium: rbb
	Autor: Sabine Müller Thema: Dirk Stettner

Diskussion im Berliner Senat

Debatte über AfD-Verbot - Schwarz-Rot geht in die Offensive

Mi 03.12.2025, 20:14 Uhr



- mit eigenem Antrag zur "wehrhaften Demokratie" wollen Berliner CDU und SPD Druck von Grünen und Linken kontern
- diese fordern vom Senat ein Bekenntnis zu einem schnellen AfD-Verbotsverfahren
- Berliner Linke ist entsetzt über "schmalen" Alternativ-Antrag

In der Diskussion über ein mögliches AfD-Verbotsverfahren will die Berliner Regierungskoalition nicht länger Grüne und Linke den Ton angeben lassen. CDU und SPD bringen deshalb am Donnerstag einen eigenen Antrag zur "wehrhaften Demokratie" ins Abgeordnetenhaus ein. Dieser soll den eigentlich auf der Tagesordnung stehenden links-grünen Antrag "Jetzt ein AfD-Verbotsverfahren einleiten" ersetzen.

Berliner Koalition im Senat blockt Opposition

Damit verhindert die schwarz-rote Koalition eine heikle Abstimmung über den Oppositionsantrag, der ein sofortiges Verbotsverfahren gegen die AfD verlangt. Im schwarz-roten Antrag wird ein solches Verfahren nicht explizit gefordert. Vielmehr enthält er ein generelles Bekenntnis zu einer wehrhaften Demokratie, was beinhaltet, gegen "extremistische, verfassungsfeindliche Vereinigungen und Parteien" vorzugehen.

Ein Verbotsverfahren wird als äußerstes Mittel beschrieben, wenn die "rechtlichen Voraussetzungen" vorliegen. Unter Verweis aufs Grundgesetz schreiben CDU und SPD, Parteien müssten "nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden". Als "starken Anhaltspunkt dafür" benennen die Regierungsfraktionen "eine gerichtsfest vorgenommene Einstufung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als gesichert extremistische Bestrebung".

CDU und SPD Berlin: Ein Antrag gegen "alle Verfassungsfeinde"

Die AfD wird in dem Text nicht erwähnt. Sie darf sich allerdings angesprochen fühlen, schließlich klagt sie gerade gegen den Bundesverfassungsschutz wegen dessen Einstufung der Partei als "gesichert rechtsextremistisch". CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** betonte, der Antrag richte sich gegen "alle Verfassungsfeinde", unabhängig davon, ob sie rechts-, linksextrem oder islamistisch motiviert seien. Gleichzeitig mahnte **Stettner** mit Blick auf Verbotsverfahren, nur wer rechtlich sicher stehe, dürfe das "schärfste Schwert der Demokratie" ziehen. "Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. Recht geht vor Lautstärke."

AfD-Verbotsverfahren: Berliner SPD zwischen Druck und Profilierung

Vor allem die SPD-Fraktion stand wegen des Antrags von Grünen und Linken für ein schnelles AfD-Verbotsverfahren unter Druck. Obwohl die Partei das Ziel unterstützt, hatten ihre Abgeordneten in zwei Ausschüssen den Oppositionsantrag gemeinsam mit der CDU abgelehnt. Dafür gab es heftige Kritik.

Mit dem neuen Regierungsantrag zeigt sich SPD-Fraktionschef Raed Saleh hochzufrieden. Er betont, wenn eine Partei laut Grundgesetzdefinition verfassungswidrig sei, sei es "staatsbürgerliche Pflicht, es dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen". Das sei dann keine politische "Ermessensentscheidung". Saleh sagt voraus, der Berliner Antrag werde bundesweit Signalwirkung haben.

Obwohl die Koalitionsinitiative die AfD nicht erwähnt und auch kein zeitnahe Handeln fordert, bejubeln SPD-Abgeordnete inklusive Saleh auf Instagram einen Antrag, "mit dem wir eine Bundesratsinitiative zur Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens fordern". Beim Koalitionspartner kommt das nicht gut an. Aus CDU-Kreisen heißt es dazu, der gemeinsame Antrag sei "ausdrücklich kein AfD-Verbotsantrag".

Berliner Grüne sehen Etappenerfolg, Linke ist entrüstet

Die Grünen werten den Vorstoß der Koalition als Erfolg ihrer eigenen Beharrlichkeit. Der Abgeordnete Ario Mirzaie, Sprecher für Strategien gegen Rechts, kritisiert zwar, der Antrag sei "sehr unspezifisch" und bleibe hinter den Forderungen von Grünen und Linken zurück. Mirzaie sieht aber einen "ersten Schritt in die richtige Richtung" und will seiner Fraktion die Zustimmung empfehlen.

Ganz anders reagiert Linksfraktionschefin Anne Helm. Sie zeigt sich "fassungslos" angesichts des "schmalen" Koalitionsantrags. "Darin wird nur die Rechtslage referiert", kritisiert Helm. Der Antrag werde keine Konsequenzen haben, denn CDU und SPD könnten ihn jeweils so

interpretieren, wie sie wollten. Helm sagte dem rbb, sie werde ihrer Fraktion voraussichtlich empfehlen, nicht zuzustimmen.

Datum: 06.12.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: n/a Thema: Jörn Pasternack

Lost Place soll Lernort werden

WEISSENSEE: Bezirk plant auf dem Gelände des früheren Kinderkrankenhauses eine Schule

von Sebastian Struwe

Lange schon wird um die Zukunft des ehemaligen Kinderkrankenhauses in Weißensee gerungen. Nun konkretisiert sich: Der Bezirk will hier ein Gymnasium.

Nie war die Situation im Sekundarbereich in Pankow so heikel wie jetzt. Mehr denn je mangelt es an Gymnasialplätzen. Viele Schulen melden Übernachfrage, manche Klassen sind völlig überbelegt, die Ausweichmöglichkeiten sind begrenzt. Immer mehr Schülerinnen und Schüler aus dem Bezirk sind gezwungen, in andere Berliner Bezirke zu pendeln. Teils in völlig andere

Ecken der Stadt und selbst bei Bestnoten. Und auch mittelfristig werden die Umstände notdürftig bleiben.

Man werde, erklärte Pankows Schulstadtrat Jörn Pasternack (CDU) zum Beginn dieses Schuljahres zur Berliner Morgenpost, „in den nächsten Jahren noch starke Zahlenbelastungen in Pankow haben und an der Belastungsgrenze im Sekundarstufenbereich arbeiten müssen“. Um der Lage so bald wie möglich Herr zu werden, sucht das Bezirksamt mit Hochdruck nach Flächen, auf denen neue weiterführende Schulen entstehen können – selbst dort, wo die Voraussetzungen schwierig sind.

Ein solches Gelände ist das ehemalige Kinder- und Säuglingskrankenhaus an der Hansastrasse in Weißensee, das mittlerweile einer der bekanntesten Lost Places im Bezirk ist. Schon seit fast drei Jahrzehnten stehen die denkmalgeschützten Gebäude leer, das Areal verfällt zusehends. Mehrfach wechselten die Besitzer, Diskussionen über zukünftige Nutzungen begleiten den Ort, der sich seit 2019 wieder im Eigentum des Landes Berlin befindet.

Lange wurde von unterschiedlichen Seiten eine Gemeinschaftsschule ins Spiel gebracht, vergangenes Jahr kamen Ideen für eine Mischnutz-

zung aus Wohnen und Bildung hinzu, um die vielen Millionen benötigten Euro mit der Kraft privaten Kapitals aufzubringen zu können. Zuletzt war schließlich die Rede von mindestens 70 Millionen Euro, um hinter der stark verfallenen Ruine des Klinikdenkmals einen Schulstandort für bis zu 900 Kinder zu errichten.

Nun ist klar: Der Bezirk prüft konkret, ob ein vierzügiges Gymnasium in Modularbauweise auf dem Gelände des ehemaligen Kinderkrankenhauses entstehen kann, dessen minimale Bewirtschaftung der Ruine, mit Einzäunung und Bedachung, jährlich über eine Million Euro verschlingt.

Datum: 08.12.25	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft


© imago/Sabine Gudath

T+ Exklusiv / Trotz Wegner-Ansage Berlin verschiebt Erhöhung der Anwohnerparkgebühren auf 2026

Berlins Regierender Bürgermeister wollte ein Machtwort sprechen und die Parkgebühren noch in diesem Jahr erhöhen. Doch vorerst bleibt es beim Niedrigpreis für Parkvignetten – wodurch das Land Millionen verliert.

Von Robert Kiesel

Stand: 08.12.2025, 05:00 Uhr

CDU und SPD in Berlin werden die Anwohnerparkgebühren in der Hauptstadt in diesem Jahr nicht mehr erhöhen. Das wurde dem Tagesspiegel aus Koalitionskreisen bestätigt. Ein neuer Termin für die im Kern bereits seit zwei Jahren zwischen den Regierungsparteien verabredete Anhebung der Gebühren wurde nicht genannt. Tagesspiegel-Informationen zufolge sollen die Gespräche darüber Anfang 2026 fortgesetzt werden.

Lieber Leser, ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.”

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/trotz-wegner-ansage-berlin-verschiebt-erhohung-der-anwohnerparkgebuhren-auf-2026-15027889.html>

Datum: 08.12.25	Medium: rbb
	Autor: Thema: Johannes Kraft

Erhöhung der Anwohnerparkgebühren nicht mehr in diesem Jahr

Mo 08.12.2025, 15:33 Uhr



Audio: rbb 88.8 | 08.12.2025 | Boris Hermel | picture alliance/dpa/Britta Pedersen

Die schwarz-rote Koalition wird die Anwohnerparkgebühren in Berlin in diesem Jahr doch nicht erhöhen. Das wurde dem rbb aus Koalitionskreisen bestätigt. Zuerst hatte der ["Tagesspiegel"](#) berichtet.

Damit verhallt der Appell des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner (CDU). Der hatte vor gut einem Monat eine schnelle Lösung für eine "angemessene Erhöhung der Gebühren für das Anwohnerparken" gefordert. In diesem Zusammenhang gebe es auch [Gespräche mit CDU-Verkehrssenatorin Ute Bonde](#). Jetzt aber heißt es aus der Koalition, mit einer Änderung der Anwohnerparkgebühren sei zum Jahresende nicht mehr zu rechnen.

Ein Sprecher der Verkehrsverwaltung erklärte gegenüber dem rbb, ohne einen konkreten Termin zu nennen: "Senatorin Bonde ist zuversichtlich, dass die politischen Abstimmungen zeitnah zu einer entsprechenden Entscheidung in Sachen Anwohnerparkgebühren führen."

Kosten könnten enorm steigen

Zur Zeit zahlen Anwohner in bewirtschafteten Parkzonen 20,40 Euro für zwei Jahre, ein Bruchteil dessen, was in anderen Großstädten erhoben wird. Damit werden nicht einmal die Verwaltungskosten für die Ausstellung der Parkvignetten durch die Bezirke gedeckt. Diese Verwaltungskosten liegen pro Vignette mit mehr als 42 Euro gut doppelt so hoch.

Die SPD-Fraktion hatte Anfang des Jahres ein Konzept beschlossen, [das 160 Euro pro Vignette im Jahr vorsieht](#). Der Koalitionspartner CDU hatte eine solche Erhöhung abgelehnt und stets ein "Gesamtkonzept" in Aussicht gestellt.

SPD und CDU liegen in grundsätzlicher Frage weit auseinander

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Johannes Kraft, sagte dem rbb, das Ziel bleibe, mit der SPD "so schnell wie möglich zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen". Die CDU-Fraktion wolle eine deutliche Vereinfachung des Verfahrens. Die bestehenden Ausnahmetatbestände sollten abgeschafft werden: "Wir wollen, dass es für jeden Berliner möglich ist, Vignetten für Parkzonen zu bekommen, auch wenn er dort nicht wohnt oder gemeldet ist," so Kraft.

Das wiederum lehnt die SPD kategorisch ab, weil dadurch der Parkdruck in den schon bewirtschafteten Parkzonen durch Pendler noch weiter steigen werde. "Das wäre so etwas wie eine Flatrate fürs Parken in ganz Berlin, und das wird es mit uns nicht geben", sagte der SPD-Verkehrspolitiker Tino Schopf dem rbb. "Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr stärken und nicht das Parken in ganz Berlin." Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen könne er sich nicht vorstellen, "dass wir in diesem Jahr noch eine Einigung finden", so Schopf.

Opposition kritisiert Pläne der CDU und Tempo der Regierung

Die Opposition kritisiert den Stillstand beim Anwohnerparken. Grüne und Linke werfen vor allem der CDU vor, die Erhöhung der Gebühren bis zum Wahltag verschleppen zu wollen. "Kai Wegner und sein Senat haben jedweden sozialen Kompass verloren, wenn sie zwar das Sozialticket erhöhen, das Anwohnerparken aber bei 10,20 Euro jährlich belassen. Das

ist eine Politik gegen die Menschen in unserer Stadt", so der Grünen-Fraktionschef Werner Graf. Berlin könne sich das Verlustgeschäft bei der Parkgebühr nicht länger leisten, die Einnahmen würden dringend gebraucht.

Auch der verkehrspolitische Sprecher der Linken, Kristian Ronneburg nennt es ein "Armutszeugnis, dass CDU und SPD es nicht schaffen, die Gebühren zumindest so zu erhöhen, dass die Verwaltungskosten gedeckt werden". Eine von der CDU geforderte "flatrate" für Pendler in mehreren oder sogar allen Parkzonen würde die Parkraumbewirtschaftung, die die Bewohner schützen solle, schlicht "ad absurdum führen".

Sendung: rbb 88.8, 8.12.2025, 15.30 Uhr

Datum: 08.12.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Jessica Hanack und Joachim Fahrur Thema: Johannes Kraft

Verkehrspolitik

CDU will Park-Flatrate für ganz Berlin – SPD hält das für „Quatsch“

Berlin. Die Koalition hat sich im Streit um die Neuregelung der Parkgebühren verhakt. Beide Positionen liegen sehr grundsätzlich auseinander.

Von Jessica Hanack und Joachim Fahrur



Parkende Autos und ein Parkschein-Automat an der Friedrichstraße in Mitte: Die Koalition ringt weiter um ein gemeinsames Parkkonzept für die Stadt.
© FUNKE Foto Services | Maurizio Gambarini

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/berlin/article410657283/cdu-will-park-flatrate-fuer-ganz-berlin-spd-haelt-das-fuer-quatsch.html>

Datum: 09.12.25	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Christian Latz Thema: Johannes Kraft



T+ Stadtweite Parkflatrate und Exklusivstraßen-Vignetten Das plant die Berliner CDU beim Anwohnerparken

Monatelang wurde ein Geheimnis aus dem Konzept der CDU für das Anwohnerparken in Berlin gemacht. Jetzt liegen die Pläne vor und bringen einige Überraschungen.

„Wir brauchen eine radikale Vereinfachung der Ausnahmetatbestände“, forderte CDU-Verkehrspolitiker **Johannes Kraft** bereits im Oktober. Die Folge wäre eine Abkehr von der bisherigen Logik: „Dann müssen wir die Möglichkeit schaffen, dass jeder Berliner auch für eine andere Parkzone eine Vignette kaufen kann.“

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/stadtweite-parkflatrate-und-exklusivstrassen-vignetten-das-plant-die-berliner-cdu-beim-anwohnerparken-15035624.html>

Datum: 12.12.25	Medium: Berliner Woche
	Autor: Sharone Treskow Thema: Johannes Kraft

Zonen-Flatrate für die ganze Stadt

Auto abstellen, wo man will? Das wäre mit den neuen Plänen der CDU zum Anwohnerparken möglich. Aber für einen stolzen Preis

S seit Monaten ringen CDU und SPD um die künftigen Gebühren und das Konzept für das Anwohnerparken in der Bundeshauptstadt. Nun ist klar, welche Modelle sich die CDU-Fraktion in Zukunft vorstellt: Die Berliner könnten endlich eine Park-Flatrate für die ganze Stadt bekommen, die wäre aber ganz schön teuer. Die CDU hat in der großen Frage nach dem Parken in Berlin zwei Modelle vorgestellt, beide haben eines gemeinsam: Die Gebühren für den Anwohnerparkausweis sollen steigen. Denn aktuell zahlt das Land Berlin bei jedem neu ausgestellten Ausweis drauf.

Während die Gebühren bei nur 20,40 Euro für zwei Jahre liegen, betragen die Verwaltungskosten aktuell 42,29 Euro pro Ausweis – mehr als doppelt so viel. Die CDU will künftig zumindest die Verwaltungskosten decken. Der Preis läge dann voraussichtlich bei 45 bis 50 Euro für zwei Jahre. Abgesehen von

diesem Punkt unterscheiden sich die folgenden Modelle deutlich.

Ein zentrales Problem der aktuellen Regeln sind die vielen Ausnahmen für Handwerker, Schichtarbeiter oder andere Gruppen. CDU-Verkehrspolitiker Johannes Kraft forderte bereits im Oktober, „Wir brauchen eine radikale Vereinfachung der Ausnahmetabstände.“ Die Folge wäre eine Abkehr von der bisherigen Logik: „Dann müssen wir die Möglichkeit schaffen, dass jeder Berliner auch für eine andere Parkzone eine Vignette kaufen kann.“

Eine Variante ist eine berlinweite Park-Flatrate: Für 79 Euro pro Monat – also 948 Euro im Jahr – könnte jeder Autofahrer überall in der Stadt auf öffentlichen Stellplätzen parken, ohne einen Parkschein lösen zu müssen. Klingt verlockend, ist aber auch ganz schön teuer für Privatfahrer.

Ergänzend dazu könnte es sogenannte Exklusivstraßen-Vignetten geben – für Straßen mit besonders hohem Parkdruck wie beispielsweise der Kurfürstendamm oder rund um den Alexanderplatz. Diese dürften nur Anwohner kaufen. Für zehn Euro extra im Monat gäbe es ein exklusives Parkrecht.

Das zweite Modell sieht vor, dass Autofahrer bis zu drei einzelne Parkzonen erwerben können. Anwohner zahlen für ihre Heim-Parkzone nur die Verwaltungsgebühr von 42 Euro pro Jahr. Wer außerhalb der

Parkraumbewirtschaftung lebt, zahlt für die erste Zone 59 Euro pro Monat, die beiden weiteren jeweils 79 Euro. Auch hier wäre eine Exklusivstraßen-Vignette denkbar.

Die SPD zeigt sich skeptisch gegenüber den CDU-Ideen. Verkehrspolitiker Tino Schopf

Klingt verlockend, ist aber auch ganz schön teuer für Privatfahrer

kritisierte wiederholt die Park-Flatrate und die Möglichkeit, mehrere Zonen zu kaufen. Auch beim Preis gehen die Vorstellungen auseinander.

Die SPD fordert laut Fraktionsbeschluss 160 Euro pro Jahr für die Anwohner-Parkvignette. „Damit kann man die Verwaltungskosten auf jeden Fall decken. Mit den Mehreinnahmen wollen wir den Umweltverbund aus Fuß- und Radverkehr und BVG stärken“, sagte Schopf. Er drängt auf schnelle Entscheidungen: „Momentan ist es ein Verlustgeschäft für das Land. Das ist den Menschen nicht vermittelbar.“

Weitere Beratungen zwischen den Koalitionspartnern sind für die kommende Woche geplant. Ziel ist es, bis Ende Januar eine Einigung zu erzielen.

Sharone Treskow

Würden Sie 79 Euro im Monat für eine stadtbreite Park-Flatrate in Berlin zahlen? Schicken Sie uns einen Leserbrief mit Ihrer Meinung per Mail an
leser-bk@berlinerverlag.com.

Datum: 17.12.25	Medium: Tagesspiegel
TAGESSPIEGEL	Autor: Daniel Böldt Thema: Dirk Stettner



© Svenn Stache/dpa

„Ermöglicht keine Enteignungen“: CDU und SPD legen Entwurf für ein Vergesellschaftungsrahmengesetz vor

CDU und SPD hatten sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, ein Vergesellschaftungsrahmengesetz auszuarbeiten. Nun legen sie einen Entwurf vor. Das Gesetz soll noch vor der Wahl 2026 verabschiedet werden.

Die Fraktionen von CDU und SPD haben sich auf einen Entwurf für ein Vergesellschaftungsrahmengesetz verständigt. Er gilt als Antwort der Koalition auf den erfolgreichen Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne im Jahr 2021, den weder die damals regierende rot-grün-rote Koalition noch die aktuelle schwarz-rote Koalition umgesetzt haben.

Das Gesetz selbst hätte keinerlei praktische Konsequenzen. Es soll lediglich einen Rahmen abstecken, innerhalb dessen Vergesellschaftungen in Berlin nach Artikel 15 im Grundgesetz möglich wären. Erklärtes Ziel von CDU und SPD ist es, das Gesetz, das erst zwei Jahre nach Verabschiedung in Kraft treten soll, vom Bundesverfassungsgericht prüfen zu lassen. Damit es dazu kommt, müsste entweder die Bundesregierung, eine Landesregierung oder ein Viertel der Mitglieder des Deutschen Bundestages einen Antrag auf eine abstrakte Normenkontrolle stellen. Ob der Berliner Senat diesen Antrag auch selbst stellen könnte, ist umstritten.

Darüber hinaus verfolgen CDU und SPD aber offensichtlich unterschiedliche Ziele mit dem Gesetz. Die Christdemokraten sprechen sich seit jeher gegen Vergesellschaftungen aus. Laut dem CDU-Fraktionsvorsitzenden **Dirk Stettner** würden Vorhaben wie die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne in Berlin durch das Gesetz erschwert oder sogar verhindert. „Wir haben durch das Rahmengesetz unmissverständlich klargestellt: Eigentum ist durch unsere Verfassung geschützt und wir sorgen dafür, dass das auch weiterhin in Berlin gilt“, sagte **Stettner**.

Das Gesetz ermögliche „keine Enteignungen“, betonte Stettner zudem. „Wir schützen den Berliner Haushalt vor milliardenschweren Abenteuern. Eine Vergesellschaftung, die die Stadt auf Jahre hinaus finanziell lähmmt, wird es mit uns nicht geben.“ Damit spielt **Stettner** unter anderem darauf an, dass laut Gesetzentwurf durch eine Vergesellschaftung „die Leistungsfähigkeit des Landeshaushalts nicht auf Dauer erheblich eingeschränkt sein“ darf.

Die SPD hingegen sieht unter bestimmten Voraussetzungen Anwendungsmöglichkeiten für das Gesetz. „Die Koalition wird in den Markt eingreifen, wenn das im Bereich der Daseinsvorsorge nötig ist, im Interesse der Berlinerinnen und Berliner“, sagte der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh dem Tagesspiegel. „Wir werden dabei rechtssicher, maßvoll und haushaltsschonend regulieren, statt unverhältnismäßig zu enteignen.“ Ein Hinweis auf die Möglichkeit, bei einer Vergesellschaftung das Eigentum in Unternehmerhand zu lassen, jedoch Vorgaben bei der Bewirtschaftung zu machen.

Datum: 20.12.25	Medium: Berliner Woche
Berliner Woche	Autor: Laura Wagener Thema: Jörn Pasternack

Klares Signal gegen Extremismus

WEISSENSEE: Pankow verstärkt Kontrolle auf öffentlichen Sportanlagen

von Laura Wagener

Gut ein Jahr ist es her, dass Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ auf der Sportanlage in der Rennbahnstraße regelmäßig Kampfsport trainierten. Die Sporthalle befindet sich im Besitz des Bezirks, dieser forderte den Verein auf, die Mitglieder auszuschließen.

Auf Anfrage der Pankower Bezirksverordneten Jaana Stiller (Die Linke) teilte das Bezirksamt auf der jüngsten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung mit, dass die betroffenen Personen nicht mehr auf der Sportanlage trainier-

ten. Sie seien aus dem zuständigen Verein ausgetreten. „Aktuell liegen dem Bezirksamt keine Kenntnisse über die Präsenz von rechtsextremen Personen, Gruppen oder Strukturen auf Sportanlagen – insbesondere der Sportanlage Rennbahnstraße – vor“, erklärte Sportstadtrat Jörn Pasternack (CDU) dazu.

Rechtliche Voraussetzungen für ein behördliches Einschreiten hätten jedoch damals wie heute nicht vorgelegen. Pasternack betonte: „Das Bezirksamt kann und wird keine Person aufgrund ihrer Gesinnung oder vermuteten politischen Haltung von der Nutzung öffentlicher Sportanlagen aus-

schließen. Ein solches Vorgehen wäre rechtswidrig und willkürlich.“

Seit das Bezirksamt Pankow Kenntnis über den Vorfall erhalten habe, seien jedoch mehrere Maßnahmen ergriffen worden, um die Situation zu überprüfen und zu kontrollieren. Pasternack zufolge habe es regelmäßige unangemeldete Kontrollen der Sporträume gegeben, wobei geprüft wurde, ob verfassungswidrige Symbole zu erkennen seien. Zudem sei die Hausordnung verändert worden, die das Tragen und Anbringen gewisser Symbole und Kleidungsstücke verbietet. Ein Verstoß werde mit einem so-

fortigen Verweis von der Anlage und einem Hausverbot geahndet. Bis zum heutigen Tage sei diesbezüglich jedoch kein Hausverbot erfolgt.

Auf Nachfrage der Bezirksverordneten, wie der Bezirk denn präventiv gegen Rechtsextreme auf den öffentlichen Pankower Sportanlagen vorgeht, entgegnete Stadtrat Pasternack, dass es regelmäßige Gespräche mit der Polizei gebe. Zudem habe Ende August ein runder Tisch mit den ansässigen Vereinen der Sportanlage Rennbahnstraße stattgefunden. Dadurch solle das Bewusstsein für Extremismus und verfassungswidriges Verhalten geschärft werden.

Datum: 20.12.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Patrick Goldstein Thema: Prof. Antje Tölle

Schaffen wir das?“

Wo Pankower Senioren jetzt einfach mal „ins kalte Wasser“ springen

Berlin. Triumph der Besetzer in Berlin-Pankow. Wo einst Familie Erich Mielke lebte, haben jetzt Senioren das Sagen. Viele der Mutigen fehlten am Sonnabend.

Von Patrick Goldstein, Bezirksreporter



Fest in Berlin-Pankow: Mit der Unterzeichnung erhielten die Senioren symbolisch den goldenen Schlüssel für ihre Begegnungsstätte Stille Straße 10. (v.l.) Ex-Besetzerinnen Ingrid Pilz, Margret Pollak und Brigitte Klotsche mit Sozialstadträtin Dominique Krössin (Linke). © FUNKE Foto Services | Jörg Carstensen

Die Bezirksverordnete **Antje Tölle** (CDU) erinnerte gegenüber der Morgenpost daran, dass sich die Villa mitten im ehemaligen, damals abgesperrten

Wohnviertel der DDR-Machthaber befindet und einst Familie Erich Mielke beherbergte. Als zweitstärkste Kraft im Bezirksamt begrüße es ihre Partei, dass das Bezirksamt drei Anträge für Fördermittel zur Darstellung von DDR-Geschichte im Haus gestellt hat

Lieber Leser,

ab hier ist der Artikel kostenpflichtig. Wir bitten um Verständnis, dass wir kostenpflichtigen Inhalt in unserer Presseschau nicht wiedergeben dürfen. Wenn Sie den Artikel lesen möchten, schließen Sie bitte ein Abo ab. Hiermit unterstützen Sie die Journalisten.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/pankow/article410686106/wo-pankower-senioren-jetzt-einfach-mal-ins-kalte-wasser-springen.html>

Datum: 23.12.25	Medium: Berliner Morgenpost
Berliner Morgenpost	Autor: Uta Keseling Thema: Lars Bocian

Warum in Pankow die Tram an einem Platz hielt, den es nie gab

Berlin. „Navarraplatz, wo bist du?“ fragte die Morgenpost. Ein Pankower kennt die Aufklärung zu dem mysteriösen Platz, der sogar eine Tramhaltestelle hatte, obwohl es ihn nie gab.

„Navarraplatz, wio bist du?“ hatte die Morgenpost am 22. Dezember im „Kuriosen Adventskalender“ gefragt - und die Story eines mysteriösen Platzes in Französisch Buchholz berichtet, den nie jemand gesehen hat, obwohl nach ihm sogar eine Straßenbahnhaltestelle benannt ist. Trotz hartnäckicher Recherche und Nachfragen hatten wir nicht herausgefunden, was die BVG vor 25 Jahren dazu bewogen hatte, eine Tramhaltesstelle nach dem mysteriösen Platz zu benennen - und wo der Platz denn nun liegt.

Dann hatte es offenbar doch jemand gemerkt. Seit dem 14. Dezember heißt die Station „Französisch Buchholz Friedhof“, bestätigte die BVG auf Anfrage der Morgenpost. Warum? „Zur Orientierung unserer Fahrgäste wurde die Tramhaltestelle ‚Navarraplatz‘ entsprechend dem angrenzenden Friedhof in ‚Französisch Buchholz Friedhof‘ umbenannt“, war die etwas dürre Antwort der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Auch im System und der Fahr-App der BVG wurde der Navarraplatz weitgehend getilgt.

Pankow: Navarraplatz, wo bist du?

Wo liegt nun Navarraplatz und warum bekam die Haltestelle einen neuen Namen?



Der CDU-Abgeordnete Lars Bocian aus Pankow kennt des Rätsels Lösung. © picture alliance / dts-Agentur | -

Lars Bocian weiß mehr. Er sitzt für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus – und spricht dort, neben schulpolitischen Themen, für die Pankower Ortsteile Rosenthal, Blankenfelde, Französisch Buchholz, Wilhelmsruh und Niederschönhausen-Nord. Die Umbenennung der Bushaltestelle, weiß Bocian zu berichten, sei von Helmut Jansen betrieben worden, der wiederum stellvertretender Vorsitzender des Bürgervereins Französisch Buchholz war, dem Bocian vorsteht, sowie Kassenwart der SPD in Buchholz.

Jansen habe dazu als privater Bürger mit der BVG und anderen Stellen kommuniziert. Auch die Idee, die Haltestelle nach dem Friedhof zu benennen, an dessen Mauer sie angrenzt, kam von Helmut Jansen. „Er wollte damit die Bedeutung des Friedhofs mit seinen leider fast zerstörten hugenottischen Erbbegräbnisstätten hervorheben“, schreibt Lars Bocian an die Morgenpost. Tragischerweise erlebte Jansen die von ihm betriebene Umbenennung selbst nicht mehr. „Er wurde am 11. Dezember mit nur 57 Jahren auf dem Friedhof beerdigt“, so Bocian.



Den Navarraplatz in Französisch Buchholz (Berlin-Pankow) gab es nur als Idee. Anstelle eines Stadtplatzes wurden Supermarkt-Parkplätze gebaut. Bis 2025 war der einzige Hinweis auf den Platz eine Straßenbahnhaltestelle, die nun umbenannt wurde in Französisch Buchholz Friedhof. © BM | Uta Keseling

Und wo ist nun der mysteriöse Navarraplatz? Bocian kann auch dieses Rätsel auflösen. „Bevor die Parkplätze für die Supermärkte gebaut wurden, sollte ein Stadtplatz mit Wohngebäuden entstehen“, schreibt er. „Dort befand sich ein großer, brachliegender Platz.“ Die Grundstückseigentümer hätten sich dann offenbar anders entschieden.